

Finsinger Ohrwurm

24. April 1973 Nr. 6
Erscheint nach Bedarf

Die SPD berichtet
vom Gemeindegeschehen

Gebietsreform im Raum Finsing

So sieht der Gemeinderat die Lage:

In der Gemeinderatssitzung am 18.4.73 wurden in dieser Sache drei Beschlüsse gefaßt:

- die Fusion mit Pliening und Gelting mit Zuordnung zum Landkreis Erding wurde mit großer Mehrheit gefordert.
- Eine Zuordnung von Finsing zu Moosinning wurde abgelehnt.
- Wenn die Zuordnung von Gelting und Pliening zum Landkreis Erding nicht durchgesetzt werden kann, dann ist eine Fusion mit Gelting und Pliening nicht erwünscht.

Und so sehen wir die Sache:

Die Größen der Erdinger CSU haben sich anlässlich einer sogenannten öffentlichen Fraktionssitzung der Kreistagsfraktion auch zur Gebietsreform im Gebiet Finsing geäußert.

Eine Gemeinde Gelting - Pliening - Finsing fand auch bei ihnen (Zehetmeier, Schasser, Dreier) Zustimmung. Doch welchem Landkreis soll diese Gemeinde angehören? Die Kreis-CSU möchte natürlich die künftige Großgemeinde auch bei Erding haben - was wäre anderes zu erwarten gewesen.

Aber was macht die CSU, um eine solche Gemeinde zum Landkreis Erding zu bekommen? Großmännisch predigte sie immer vom kurzen Draht, den die Erdinger CSU nach München habe. Wenn es nicht nur leere Wahlkampfphrasen waren, dann soll sie jetzt beweisen, daß sie ihre Kontakte für den Landkreis Erding zu gebrauchen versteht.

Jedermann weiß, daß CSU-Staatssekretär Kiesel die Gemeinde Finsing nach Ebersberg schlagen will. Zehetmeier & Co. wissen aber auch, daß die Bürgerversammlung von Finsing für

Alles ist möglich!

Was man im neuen Gemeinderat nicht für möglich hielt, ist eingetreten: die Firma Bartl darf eine neue Mischanlage im Ort von Neufinsing bauen. Der ortsplanerische Gesichtspunkt - Gewerbebetriebe nicht im Ort anzusiedeln, nicht zu erweitern und wenn möglich auszusiedeln, hat sich nicht durchgesetzt.

Hier geht es nicht gegen eine Firma.

Hier geht es darum, eine sinnvolle Ortsplanung zu betreiben. Ein Betonwerk im Ort widerspricht einer vernünftigen Planung. Erinnert man sich nicht mehr an das 1971 Gesagte?

Es darf doch nicht wahr sein, daß in Finsing alles für die Katz war.

Warum hat der Gemeinderat nicht einmal den Versuch unternommen, dieses Betonwerk im Außenbereich anzusiedeln?

In anderen Gemeinden ist das selbstverständlich.

Und in Finsing?

(siehe auch Seite 3)

einen Verbleib beim Landkreis Erding gestimmt hat. Und außerdem: nichts Übergeordnetes steht der Zuordnung zu Erding im Weg - so sagt auch die CSU.

Die CSU soll ihre Parteikollegen von Ebersberg und ihren Herrn Kiesel überzeugen, und ihren kurzen, heißen, schwarzen Draht nicht verrostet lassen.

Vorschule

Ab 2. Mai 1973 beginnt in der Gemeinde Finsing der Betrieb der Vorschule. Sie wird im Schulgebäude Finsing abgehalten, und zwar wöchentlich an zwei Nachmittagen mit je zwei Stunden. Zwei Lehrkräfte werden die Kinder unterrichten. Die Eltern zahlen dafür DM 15.- pro Monat. Für die Fahrt der Kinder zur Schule haben die Eltern selbst aufzukommen. Die Versicherung der Kinder durch die Bayerische Versicherungskammer wird z.Zt. noch geklärt.

Die Gemeinde leistet als Starthilfe für die Beschaffung von Lehrmitteln DM 1 500.- und trägt die Vergütung für die Lehrkräfte. Die Unterrichtsräume werden kostenlos zur Verfügung gestellt. Derzeit ist der größte Teil der in Frage kommenden Kinder bereits angemeldet.

Wir wünschen dem Unternehmen einen guten Erfolg!

Friedhofserweiterung in Finsing

Unsere Frage nach der Friedhofserweiterung im letzten Ohrwurm wurde in der Gemeinderatssitzung am 9.4.73 sinngemäß so beantwortet:

Das Grundstück wurde der Kirche geschenkt, mit der Auflage, den Friedhof darauf zu erweitern. Der Vertrag ist notariell beurkundet. Alle weiteren Schritte sind Sache der kirchlichen Stellen.

In dem Vertrag wurde kein Termin für die Ausführung der Erweiterung vereinbart. Es scheint also, daß es keinem mit der Friedhofserweiterung pressiert.

Vertrag mit der Firma Bartl

Die bisherige Einzäunung eines Teils des öffentlichen Feld - und Waldwegs Fl.Nr.475 durch die Fa.Bartl wird jetzt offiziell genehmigt.

Gemeinderatsbeschuß am 9.4.73: zwischen Fa.Bartl und Gemeinde wird ein jederzeit widerruflicher Gestattungsvertrag für die weitere Benutzung dieses Grundes abgeschlossen.

Bartl hätte dafür DM 20.- pro Jahr als Anerkennungsgebühr zu zahlen.

Zurück zum Jahr 1971?

Die Spaßvögel fragen: hat der Bürgermeister Pfahler seinen neuen Gemeinderat jetzt genau wieder so weit, wie den alten? Nun, vielleicht beurteilen Sie die letzte Gemeinderatssitzung vom 18.4.73 anders.

Was ist geschehen? Unter dem Tagesordnungspunkt "Verschiedenes" wurde dem Gemeinderat eine Voranfrage der Fa. Bartl - so nebenbei, unter anderen Baugesuchen - untergejubelt.

Bartl will eine neue Betonmischanlage bauen, neben seine alte Anlage auf dem gleichen Grundstück.

Es war wieder die Rede davon, daß Bartl in eine andere Gemeinde umzieht, wenn er hier nicht bauen darf. Und wieder wurde mit dem "Gespenst" des Gewerbesteuerausfalls, den die Gemeinde dadurch erleiden würde, gearbeitet (Kundige freilich meinen, dieser würde gar nicht so erheblich sein).

Nach dem Vorgeben der Firma handelt es sich nur um eine Erneuerung der alten Betonmischanlage.

Dagegen wäre vielleicht nichts einzuwenden. Wenn die alte Anlage durch eine moderne, den neuesten Vorschriften entsprechende ersetzt wird, könnte die bisherige Belästigung der Anlieger unter Umständen geringer werden.

Hat die Sache keinen Pferdefuß? Handelt es sich nur um eine Erneuerung, nicht auch um eine Erweiterung? Wie groß wird die Kapazität der neuen Anlage sein? Wird die neue Anlage einen größeren Lastwagenverkehr nach sich ziehen? Wie staub- und lärmfrei wird diese Anlage sein, und wie wird sich die alte Anlage, die zum Kiesabfüllen weiterbenutzt werden soll, auswirken?

Das sind einige Fragen, die sich in diesem Zusammenhang stellen. Wie genau hat sich der Gemeinderat und vor allem der Bauausschuß mit diesen Fragen beschäftigt? Wie genau hat er sich die Fragen von der Firma Bartl beantworten lassen?

Lieber Bürger! Dem Gemeinderat lag auf der besagten Sitzung weder ein genauer Plan vor, noch wurden technische Angaben über die neue Anlage gegeben. - Aber man weiß ja: wo ein genauer Plan fehlt, kann man im Trüben fischen.

Trotzdem wurde die Voranfrage des Herrn Bartl vom Gemeinderat auf Vorschlag des Bauausschusses positiv verabschiedet. Zwei Gemeinderäte stimmten dagegen.

Dem Bauwerber hat man natürlich Auflagen gemacht. Er wird die Straße entlang der verfüllten Kiesgrube in Neufinsing teeren. Seinen vollen Werksverkehr darf er dafür darauf abwickeln. Und außerdem: die Mehrheit der Gemeinderäte meinte, Bartl müsse eine Schutzhecke zum Schutz der Bürger pflanzen. Man weiß also, was sich gehört.

Wenn sich der Verkehr wirklich erhöht, was wird dann aus dem Kinderspielplatz? Und eine weitere Frage schließt sich an: Brauchen wir dann noch einen Bürgersteig an der Hauptstraße (ED 11), es könnte ja sein, daß dieser als Parkplatz für die LKWs dient?

Im Jahre 1971 haben sich viele Bürger gegen die Ausweitung eines Betonwerkes gewehrt. Und heute? Stehen wir heute wieder da, wo wir am 3. Sept. 1971 angefangen haben?

Gemeindliches Mitteilungsblatt

Die Besucher der letzten Bürgerversammlung durften sich für ein Mitteilungsblatt einschreiben. Es waren nicht wenige, die dies taten. Die Finsinger Bürger zeigten also Interesse. Doch bis jetzt wurde ihnen noch nichts gemeindliches durch die Gemeinde mitgeteilt. Woran liegt das? Liegt dem Gemeinderat so wenig an der Information der Bürger? Oder: Sind sie mit dem Finsinger Ohrwurm so zufrieden, daß sie sich die viele Arbeit sparen wollen?

Wir meinen:

Die Unterschriftensammlungen sind makaber und einer Gemeinde nicht würdig. Daß die Bürger das Blatt bezahlen sollen, und daß es soundsoviele Abnehmer haben müsse, damit es sich für den Herrn Drucker auch rentiert, ist ebenso unnötig wie bezeichnend.

Der jetzige Gemeindediener, der bisher die wenigen Informationen von der Gemeinde zum Bürger gebracht hat, wird in absehbarer Zeit in den Ruhestand treten. Dann wird ohnehin ein Gemeindeblatt nötig sein.

Wenn dem Gemeinderat die Information seiner Bürger wichtig ist, dann werden sich auch im Einmillionenhaushalt die nötigen Mittel dazu finden lassen. Ein Haushaltstitel "Öffentlichkeitsarbeit" ist sowieso schon lange überfällig - und Öffentlichkeitsarbeit auch.

Aktion "Saubere Landschaft"

Nicht nur die großen Umweltverschmutzer - Industriebetriebe, Flughäfen und sonstige Errungenschaften unseres Größenwahns - führen uns an der Nase herum. Auch die kleinen Dreckbären, die überall in der Landschaft ihren Unrat liegen lassen, haben uns ein Schnippchen geschlagen.

Die ordnungsmäßige Beseitigung eines Plastiksackes macht einige Arbeit und bei einem alten Auto kostet es sogar Geld - aber das kann man auch billiger haben: Man läßt sein Gerümpel einfach liegen in der Hoffnung, daß sich andere zur Beseitigung bereit finden. - Und sie haben sich nicht verrechnet, die Müllsünder.

Einige Gutmütige und Anständige, denen mit Recht der Unrat in der Landschaft auf die Nerven geht, haben versucht, Ordnung zu schaffen. Freilich, die Eitelkeit, als freiwilliger Müllwerker öffentlich bekannt zu werden, hat bei manchem dem guten Willen noch nachgeholfen. Das wäre alles anzuerkennen.

Daß man aber mancherorts auch die Schulkinder zum Drecksammeln eingesetzt hat, das ist - schlicht gesagt - eine Gemeinheit. Man sieht es als eine soziale Errungenschaft an, wenn man einen Lehrling nicht mehr zum Brotzeitholen schickt - aber die Schüler..?

Es ist ehrenwert, wenn man sich freiwillig für Hilfsdienste - Krankenpflege, Rettungsdienst und sonstige soziale Nothilfen - einsetzt, aber es ist lächerlich, wenn man den gewissenlosen Schmutzfinken zu einer kostenlosen Müllabfuhr verhilft.

Freilich, man kann diese Brüder selten auf der Tat ertappen. Aber wir müssen lernen, sie endlich richtig einzustufen: als Schmarotzer, die nur Verachtung verdienen. Und um sie dingfest zu machen, müssen wir uns etwas besseres einfallen lassen, als hinter ihnen herzulaufen und ihren Dreck aufzuklauben.

Der verfüllte Badeweiher, II. Akt

1970 wollte man schon einen Badeweiher in Neufinsing. Der frühere Gemeinderat hat sich auf den Gedanken eines Badeweiher an dieser Stelle so viel eingebildet, daß er sich sogar auf einen Streit um die Priorität dieses Gedankens einließ. (siehe auch Ohrwurm Nr.5).

1973 ist man sich schon nicht mehr so einig darüber. Bürgermeister Pfahler meinte zwar im Sitzungsprotokoll vom 5.2.73, daß sich die Gemeinderäte über die Verfüllung einig seien. In der Gemeinderatssitzung am 9.4.73 wollte es der erste Mann der Gemeinde genau wissen. Er ließ darüber abstimmen, ob diese Kiesgrube sofort verfüllt werden sollte. Vier Ratsherren waren dafür. Die anderen waren gegen die sofortige Verfüllung. Was die vier Gemeinderäte wollen, weiß nun die Öffentlichkeit.

Die Frage stellt sich aber: was wollen die anderen Gemeinderäte? Gegen die sofortige Verfüllung zu sein, bedeutet noch lange nicht, für einen Badeweiher zu sein.

Unsere Betrachtung im vorigen Finsinger Ohrwurm hat immerhin weitergeholfen. Vielleicht ist der Gemeinde endlich klar geworden, was folgerichtiges Handeln ist. Wenn man mit großem Trara etwas anfängt, darf man es nicht einfach vergessen.

Stichhaltige Argumente gegen den Badeweiher sind bis jetzt noch nicht bekannt geworden. Aber positive Gutachten des Wasserwirtschaftsamts und des Gesundheitsamts liegen vor. Die Voraussetzungen für die Errichtung eines Badeweiher sind also gegeben. Mit geringen Mitteln könnte er geschaffen werden.

Will man wieder 3 Jahre oder länger warten - bis man eine Entscheidung im Gemeinderat trifft? Vielleicht sind dann schon 5 Gemeinderäte für die sofortige Verfüllung.

Wir fordern: Schluß mit dem Theater um den Badeweiher
Errichtung des Badeweiher mit allem was dazugehört
Deshalb sofort klare Beschlüsse im Gemeinderat

Manche Gemeinde wäre froh um einen solchen Badeweiher.

Gemeinderat ändert seine Meinung

Der Gemeinderat wollte ein Zeichen setzen: mit den Kiesgruben könne es so nicht weitergehen; er lehnte das Gesuch zur Errichtung einer Kiesgrube (Fl.Nr.2572/2573) der Firma Stangl ab. Das Landratsamt als Genehmigungsbehörde jedoch war anderer Meinung. Es erteilte die Genehmigung.

Die Gemeinderäte wollten sich das nicht gefallen lassen - sie wählten den Weg zum Verwaltungsgericht, um die Kiesgrube zu stoppen.

Für die Fa.Stangl ist die Kiesgrube aber so wichtig, daß sie der Gemeinde ein Angebot machte, wenn diese die Klage zurücknähme.

Die Fa.Stangl bot an, die Vordere Moosstraße auf ihre

Kosten und ein Teilstück des Birkhahnwegs mit 50% Kostenbeteiligung durch eine 5 cm Bitukiesdecke zu befestigen.

Dieses Angebot war verlockend und außerdem sind die Herrn Räte zu der Überzeugung gekommen: mit der Klage kommen wir sowieso nicht durch; so können wir wenigstens noch etwas heraus-schinden.

Der Gemeinderat beschloß daher einen Vertrag mit der Firma Stangl, der im wesentlichen folgendes verlangt:

Wiederherstellung der von Stangl bisher benutzten Straße "an der Dorfen"

Künftig darf Stangl nur die "Vordere Moosstraße" und den Birkhahnweg als Zufahrt zur Kiesgrube benutzen

Die angebotene Straßenbefestigung ist vorzunehmen

die genannten Straßen sind nach Beendigung der Aushub- und Wiederverfüllungsarbeiten in einwandfrei befestigten Zustand an die Gemeinde zu übergeben .

Wenn Stangl diesen Vertrag unterschreibt zieht die Gemeinde ihre Klage zurück.

Die Wiederverfüllung ist bis zum 31.1.1974 vereinbart. Das ist der einzige Trost in Sachen "Kiesgrubenlandschaft". Hoffentlich findet sich bis dahin auch das nötige Füllmaterial...

Gewöhnung an Lärm gibt es nicht (Südd.Ztg. 19.4.73)

Mit dem Frühling und der kommenden wärmeren Jahreszeit nimmt auch die Lärmbelästigung für die Menschen wieder zu. Vor den Folgen des steigenden Lärms hat der Verband der Ärzte Deutschlands (Hartmannbund) in Bonn gewarnt. Nach Ansicht der Ärzte kann sich der Mensch an Lärm nicht gewöhnen. Sie empfehlen deshalb, unnötige Geräusche abzustellen. Dazu zählen in erster Linie ein allzulautes Zuschlagen der Autotüren und das Hupkonzert am Morgen oder am Abend. Da sich in der wärmeren Jahreszeit ein Großteil des täglichen Lebens im Freien abspielt, empfehlen die Ärzte auch mehr Rücksichtnahme auf die Nachbarn, die allzulaute Radiomusik auf den Balkonen, Haushaltmaschinen und Rasenmäher als ruhestörend empfinden können. Übermäßiger Lärm vom Nachbarn sei nicht nur ärgerlich und lästig. Er könne auch wehtun und krankmachen und somit die Ursache von Herz- und Kreislaufbeschwerden, von Magengeschwüren und Neurosen sein. Zu Beginn der "Lärmsaison 1973" forderten die Ärzte deshalb dazu auf, daß jeder mit dem Umweltschutz bei sich selbst beginnt.